

Peter Pragal

Zwischen Ampel und Jamaika

Farbenspiele um Liberale und Grüne

Über viele Jahre waren sich FDP und Grüne spinnefeind. Wo immer sich eine Gelegenheit bot, zogen Vertreter beider Parteien mit Polemik und Häme übereinander her. Aus der Sicht der Liberalen verkörperten DIE GRÜNEN Fortschrittsfeindlichkeit und gesellschaftlichen Stillstand. Manche Freidemokraten, allen voran der Vorsitzende Guido Westerwelle, die einst unter der Dominanz der Generation der 68er gelitten hatten, arbeiteten an Joschka Fischer und Co. ihre Komplexe ab. Umgekehrt sahen Grüne in der FDP vor allem einen Lobbyisten-Klub der Wirtschaft und der gehobenen Einkommenschichten. Ohne soziales Gewissen und verpflichtet allein einer neo-liberalen Ideologie. Seit FDP und Grüne im Bundestag zusammen mit der LINKSPARTEI auf den Oppositionsbänken sitzen, verblässen die Feindbilder. Zwar trennen Liberale und Bündnisgrüne in etlichen politischen Bereichen immer noch Welten. Und manche der Akteure, die bis vor gut einem Jahr verbal aufeinander einprügelten, achten nach wie vor auf Abstand. Aber der Umgang miteinander ist moderater und sachlicher geworden. Besonders bei der jüngeren Generation der Mandats- und Funktionsträger wachsen gegenseitiges Verständnis und Respekt. Gefördert durch die leidvolle Erfahrung, dass die drei Oppositionsparteien gegenüber der Mehrheitsmacht der Großen Koalition einen schweren Stand haben. Die selbstherrliche Art, wie Union und SPD mitunter ihre zahlenmäßige Überlegenheit gegenüber den kleinen Fraktionen ausspielen, lässt diese unwillkürlich zusammenrücken.

Die magere Zustimmung der Bürger zur Politik der Regierungsparteien und die Möglichkeit, dass dieses Bündnis an innerer Zerstrittenheit und mangelndem

Reformeifer vorzeitig scheitern könnte, hat Liberale und Grüne über neue Konstellationen in der Machtausübung nachdenken lassen. In das einst fest gefügte Lagerdenken – hier Schwarz-Gelb, dort Rot-Grün – ist Bewegung gekommen. Jüngere Freidemokraten wie das Bundesvorstandsmitglied Daniel Bahr werben für eine Kooperation mit den grünen Konkurrenten. Christdemokraten wie Annette Schavan entdecken Gemeinsamkeiten mit den ehemaligen Alternativen. Altgediente Liberale wie Rainer Brüderle verweisen auf Gemeinsamkeiten mit der SPD. Deren Chef Kurt Beck, der als Regierungschef in Rheinland-Pfalz die Freidemokraten als Koalitionspartner schätzen gelernt hat, erinnert an die »Freiburger Thesen« von 1971 und die darauf begründete sozial-liberale Neuausrichtung der FDP in den siebziger Jahren. Allesamt Lockerungsübungen, betrieben von Pragmatikern, die sich das Recht nehmen, über ideologische Barrieren hinaus zu denken.

Auch DIE GRÜNEN sind längst dabei, andere Partner als die Sozialdemokraten ins Kalkül zu ziehen. Während Parteichef Reinhard Bütikofer noch ganz allgemein davon spricht, dass demokratische Parteien untereinander grundsätzlich koalitionsfähig sein sollten, wird Renate Künast, die Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, deutlicher: »Die Republik hat sich verändert«, sagte sie vor Monaten in einem Streitgespräch mit Guido Westerwelle in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, »und es ist nicht mehr festgeschrieben, dass es nur eine Option gibt«. Natürlich gebe es auch künftig Vorlieben. »Aber die Vorliebe Rot-Grün wird definitiv nicht allein die Zukunft sein«. Ende des Jahres wurde Künast noch deutlicher: »Schwarz-Grün

wird realer. Die CDU ist nicht mehr unser Schreckgespenst.«

Die neue Offenheit von FDP und GRÜNEN ist nicht nur ihrer Rolle als Kontrolleure der regierenden Volksparteien geschuldet. Die Wahlen in jüngerer Zeit haben gelehrt, dass die Regierungsbildung schwieriger wird. Und dass – wenn man schwarz-rote Bündnisse vermeiden will – nicht mehr zwei, sondern drei Partner nötig sind, um in Parlamenten, in denen die LINKSPARTEI vertreten ist, eine Mehrheit zustande zu bringen. Ampel-Koalitionen, ob nun von der SPD oder von der Union geführt, beflügeln zunehmend die politische Fantasie. Vor allem in den Reihen der Liberalen und der GRÜNEN, die in jeder der beiden Ampel-Konstellationen aufeinander angewiesen wären. Viel Erfahrung gibt es für diese Variante von Regierungsmehrheit nicht. Sieht man von Bündnissen in der Kommunalpolitik ab, haben es FDP und Grüne nur zweimal probiert, unter Führung der SPD zu regieren. In Bremen scheiterte Rot-Gelb-Grün ebenso wie in Brandenburg. Und in Berlin, wo man 2002 ebenfalls einen Versuch wagte, brach man die Verhandlungen über eine Regierungsbildung ab, weil Liberale und Grüne in Sachfragen zu weit auseinander lagen. An die Möglichkeit, dass die beiden Konkurrenten in Land oder Bund auch mit der CDU ein Bündnis eingehen könnten, wurde damals nicht ernsthaft gedacht.

Grüne Bremser gegen neoliberalen Reformeifer

Das änderte sich nach der Bundestagswahl 2005. Rot-Grün hatte keine Mehrheit mehr. Aber auch für Schwarz-Gelb reichten die im Bundestag errungenen Mandate nicht aus, um die Regierung zu bilden. Das erbitterte vor allem die Freidemokraten, die sich trotz eigener Zugewinne wegen des schwachen Abschneidens von CDU und CSU erneut von der

Machtausübung ausgeschlossen sahen. Während sich die Bürger darauf einstellten, dass die geschrumpften Volksparteien künftig gemeinsam die Last der Reformpolitik schultern würden, suchten kreative Geister in den Medien nach einer Alternative. Noch in der Wahlnacht tauchte in einer Analyse das Wort »Jamaika« auf.

Bis dahin war die Nationalflagge des karibischen Inselstaates kaum jemandem in Deutschland bekannt. Auf einmal war deren Farbkombination Schwarz-Gelb-Grün in aller Munde. Symbolisierte sie doch eine politische Kombination, die etwas Neues, Ungewohntes in der bundesdeutschen Politik versprach. Jamaika – das hatte etwas Buntes, Leichtes, Sympathisches. Auch eine Prise Exotik. Es beschäftigte die Fantasie der Medienzunft. Und es passte ins Kalkül von politischen Strategen, die in dieser Situation nach einer Alternative suchten zur drohenden Zwangsehe der Christ- mit den Sozialdemokraten.

So plötzlich wie die Gedankenspiele begonnen hatten, so rasch gingen sie wieder zu Ende. Während Union und SPD einen Koalitionsvertrag aushandelten, wurde es um die Schwarze Ampel, im Medienjargon auch *Schwampel* genannt, wieder still. Jedenfalls vorübergehend. Offenbar war die Zeit für ein derartiges Experiment noch nicht reif. FDP-Chef Guido Westerwelle gab die Schuld dafür, dass »Jamaika« nicht ernsthaft ausgelotet wurde, der CSU und den GRÜNEN. Ursache für die verpasste Chance sei nicht die bekannte Unverträglichkeit zwischen ihm und dem einstigen grünen Übervater Joschka Fischer gewesen, hat Guido Westerwelle im Rückblick erklärt, sondern die mangelnde Bereitschaft der anderen.

Gleichwohl geht von Jamaika nach wie vor eine Faszination aus. Als Zukunftsmodell für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl. Längst steht der Grüne Oswald Metzger nicht mehr allein, wenn er öffentlich für Schwarz-Gelb-Grün plä-

diert. Allerdings werden die Aussichten auf Verwirklichung der schwarzen Ampel inzwischen nüchterner analysiert als im Überschwang der ersten spekulativen Diskussionen. Viel mehr als damals schaut man darauf, was gemeinsam ginge und was nicht.

Ähnliche Positionen haben beide Parteien in der Bildungs- und Kulturpolitik. Beiden sind Bürgersinn und Bürgerrechte wichtig. Ebenso der Datenschutz und die Rechte von Minderheiten. In der Zuwanderungspolitik ist man sich ebenso nahe wie in der Forderung nach Bürokratieabbau. Und auch bei der Haushaltsanierung und in der Frage der Generationengerechtigkeit würde man sich wohl kaum zerstreiten. Merkmale, die früher Liberale wie Grüne für sich allein beanspruchten, gehören neuerdings zum programmatischen Bestand der jeweils anderen Partei. Fast sieht es so als, als wollten sie sich programmatisch kopieren. Während sich die FDP auch als Umweltpartei zu profilieren sucht, wollen Grüne künftig mit ihrer neuen Wirtschaftspolitik und einem Bekenntnis zu mehr Markt, Wettbewerb und einem positiveren Unternehmerbild punkten.

Aber Realisten in beiden Parteien wissen auch, was sie nach wie vor trennt. Dass die Gegensätze in der Gesundheitspolitik überbrückt werden könnten, kann man sich kaum vorstellen. Bürgerversicherung *contra* Privatversicherungsmodell – dazwischen liegen ideologische Welten. Auch in der Energie- und der Arbeitsmarktpolitik ist ein Kompromiss schwer denkbar. Dasselbe gilt für die Bioethik. Auch wenn Liberale und Grüne ähnliche Grundüberzeugungen haben und als bürgerliche Parteien um dieselbe Klientel gut situierter und akademisch ausgebildeter Wähler kämpfen – ein Bündnis unter Führung der Union wäre zwar für Beobachter interessant, für die Akteure jedoch riskant und der Basis von FDP und GRÜNEN schwer zu vermitteln.

Die Liberalen befinden sich im Wettbewerb mit den GRÜNEN zweifellos in einer günstigeren Situation. Sie sind stärkste Oppositionsfraktion und genießen in dieser Rolle mehr mediale Aufmerksamkeit als ihre Konkurrenten. Die FDP ist in drei Landesregierungen und mehreren Landtagen vertreten. Sie profitiert von der Schwäche der Union, weil enttäuschte bürgerliche Wähler ihr Kreuz bei den Liberalen machen. Sie hat von den drei kleinen Parteien bei Umfragen die höchsten Zustimmungswerte. Und in Guido Westerwelle als Partei- und Fraktionschef eine Führungsfigur, die mit ausgeprägtem Sendungsbewusstsein die Partei dominiert, ihre Kampfparolen prägt und sich professionell in Szene zu setzen weiß. Dass er dabei gelegentlich auch populistisch agiert und zum Beispiel den Militäreinsatz der Bundesmarine im Libanon geißelt, den er als Regierungspolitiker vermutlich abgenickt hätte, sehen ihm seine Anhänger nach.

Unermüdlich verkündet Westerwelle, seine FDP sei die einzige Partei, die für einen konsequenten Politikwechsel eintritt und sich gegen die zunehmende »Sozialdemokratisierung« der Bundesrepublik stemmt. Seine Gegner sind nicht nur SPD und »Dosenpfand-Ideologen« unter den GRÜNEN, sondern auch »schwarz lackierte Sozis« in der Union. Zu denen geht er demonstrativ auf Distanz. »Die CDU weiß, dass sie Angela Merkel folgen will«, höhnte Westerwelle nach dem jüngsten Parteitag der Christdemokraten. »Aber sie weiß nicht in welche Richtung.« Von der Achtung und der Bewunderung, die er einst für Angela Merkel als Wunsch-Partnerin in einer schwarz-gelben Koalition empfand, ist offenbar wenig geblieben. Jetzt ist sie die Frau, die an der Spitze einer schwarz-roten »Chaosregierung« steht.

DIE GRÜNEN tun sich nach ihrem Machtverlust schwerer als die Liberalen. Sie stellen in keinem Bundesland einen Minister. Die SPD in der Bundeshauptstadt

hat ihr nach der Abgeordnetenhaus-Wahl einen Korb gegeben. Neuauflagen von Rot-Grün sind ungewiss, mit Ausnahme von Bremen vorerst auch unwahrscheinlich. Die grüne Leitfigur Joschka Fischer ist ins Privatleben abgewandert. Im Bundestag sind DIE GRÜNEN als Oppositionspartei nur die Nummer drei hinter FDP und LINKSPARTEI/PDS. Eine kleine Partei mit wenig Redezeit. Überdies leistet sie sich den Luxus zweier Doppelspitzen im Partei- und Fraktionsvorsitz. Mit der Folge, dass die vier um Aufmerksamkeit konkurrierenden Funktionsträger mitunter recht eigenwillige, manchmal auch dissonante Akzente setzen.

Wie die FDP zur Union gehen auch DIE GRÜNEN zur SPD zunehmend auf Distanz. Manche mehr, manche weniger deutlich. Aber im Gegensatz zu den Liberalen haben DIE GRÜNEN das Problem, dass ihre Aussagen mit denen während der siebenjährigen rot-grünen Regierungszeit verglichen werden. Korrekturen, etwa in Frage der Bundeswehr-Auslandseinsätze, lassen sich, um glaubwürdig zu bleiben, nur behutsam vornehmen. Das erschwert die Arbeit an einem scharfen programmatischen Profil. »Wir Grüne stehen für differenzierte, durchdachte Argumente und nicht für billigen Populismus«, sagt Reinhard Bütikofer. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass die versprochene »konstruktive Opposition« zu Schwarz-Rot schwieriger ist als ein kompromissloser Contra-Kurs ohne Rücksicht auf Beschlüsse der Vergangenheit.

Auch wenn DIE GRÜNEN

angesichts stabiler Wahl- und Umfrageergebnisse nicht um den Einzug in die Parlamente zittern müssen, ihr Weg zurück zur Macht dürfte lang und beschwerlich werden. Ihr Blick geht in Richtungen zweier Ampel-Koalitionen. Die eine, Gelb-Grün unter Führung von Rot, wäre der Partei mit ihrem mehrheitlich noch immer linken Selbstverständnis vermutlich leichter zu vermitteln. Sie kommt aber kaum in Frage, weil die Westerwelle-FDP schon vorsorglich *Nein* gesagt hat. Und weil die Regierung im

Bundesrat nur eine Handvoll Stimmen hinter sich hätte. Blicke das Jamaika-Bündnis, mit dem etliche Grüne liebäugeln. Eine Koalition, in der DIE GRÜNEN einen undankbaren Part hätten. Als Bremser neoliberaler Reformeiferer und schwarz-gelben Durchregierens.

Vorerst sind solche Überlegungen freilich Sandkastenspiele. »Wir sind nicht die Mehrheitsbeschaffer für eine neoliberal-konservative Politik«, erklärte Claudia Roth auf dem Kölner Parteitag im Dezember. Bevor DIE GRÜNEN ernsthaft über neue Bündnisse reden und streiten, wollen sie

zunächst ihr inhaltliches Profil schärfen und in der Formulierung ökologischer Ziele radikaler werden. Je konsequenter und glaubwürdiger sie das schaffen, desto eher werden sie wieder zum Mitregieren gebraucht werden. In welcher Formation auch immer.



Peter Pragal (*1939) war Politischer Korrespondent der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, des STERN und der BERLINER ZEITUNG. peterpragal@aol.com

Rudolf Walther

Gesichtsverlust oder Bedeutungslosigkeit

Das Dilemma der Linkspartei

Der LINKSPARTEI bläst der Wind ins Gesicht. Wo sie mitregiert, wie in Berlin, verliert sie kräftig an Stimmen, weil ihr Profil nicht deutlich wird und die Folgen der koalitionären Politik ihr stärker angelastet werden als dem Partner SPD. Der Verlust von fast zehn Prozent der Stimmen in Berlin zeigt das eindrücklich. Klaus Wowereit regiert mit einem geschwächten Partner weiter, und die LINKSPARTEI musste ohnmächtig zuschauen wie ihr Kultursenator zuerst systematisch demontiert und schließlich in die Wüste geschickt wurde. Wegen der geringeren Wahlbeteiligung konnte die LINKSPARTEI gerade noch halb so viele Wähler für sich mobilisieren (rund 180.000) wie vor vier Jahren. »Wir haben 69.000 in den Nichtwählerbereich verloren« (Lothar Bisky).

In Mecklenburg-Vorpommern ist der Trend weniger ausgeprägt, aber trotzdem vorhanden; 1998 kam die PDS noch auf 24,4 Prozent, 2002 sackte sie auf 16,4 Prozent ab – ein Resultat, das sie jetzt gera-

de noch mit Mühe und Not halten konnte. In beiden Bundesländern hat sich das Mitregieren überhaupt nicht ausbezahlt.

Die LINKSPARTEI steckt in einer Schwierigkeit, die nicht wahlkonjunkturell, sondern strategisch begründet ist. Auf absehbare Zeit wird die Partei im Westen – auch wenn die Vereinigung mit der WASG, so wie es nach deren jüngstem Partei- bzw. Vereinstag aussieht, zustande kommt – schwach bleiben. Als regionale Berlin- und Ostdeutschland-Partei ist sie zwar solide verankert, aber zugleich im Würgegriff der SPD. Klaus Wowereit wusste, warum er erneut mit der Wahlverliererin LINKSPARTEI koalitiert und nicht mit der einzigen Nicht-Splitterpartei, die hinzu gewonnen hat – den GRÜNEN (plus 4,2 Prozent). Als Koalitionspartner ist die LINKSPARTEI für die SPD leicht im Griff zu halten, denn Wowereit kann jederzeit mit dem Koalitionswechsel zu den GRÜNEN drohen, um seinen Kurs durchzusetzen und womöglich die Drecksarbeit den Senatoren des Koalitionspartners überlassen. Wenn